



VON
Dr. GEORG
WAILAND

Bilanz

Der US-Präsident und die Wallstreet

Was ist besser für die US-Wirtschaft – ein Republikaner als Präsident oder ein Demokrat? Um diese Frage zu beantworten, ist es interessant, sich anzuschauen, wie die Aktienkurse auf welchen Präsidenten reagiert haben: In der Ära Carter stieg Wall Street nur um 1,2 Prozent, bei Reagan I dann um 22,5 Prozent, bei Reagan II schon um 34,9 Prozent, ehe George Bush sen. in seiner Amtsperiode einen Kursanstieg um 42 Prozent auslöste. Dieser wurde dann bemerkenswerterweise übertroffen von der ersten Präsidentschaftsperiode des Demokraten Bill Clinton, wo die Börse um 52,6 Prozent in die Höhe schoss. In Clintons zweiter Amtszeit waren es dann immerhin auch noch einmal 35,4 Prozent.

Völlig enttäuschend – und das mag viele überraschen – war die Entwicklung der Aktienkurse unter George W. Bush: In seiner ersten Amtszeit setzte es ein Minus von 0,4 Prozent, in der zweiten sackten die Börsenkurse gar um 24 Prozent ab! Der Präsident des „big money“, also der Superreichen und der Konzerne, wurde zum absoluten Börsenschreck!

Und während vor der ersten Wahl von Barack Obama viele Analysten vor einem gefährlichen „Linksruck“ warnten, gab die Wall Street eine völlig andere Antwort: Mit 64 Prozent war die Ära Obama I die beste für die Börsianer!

Was beweist: Jeder US-Präsident muss einen gewissen Pragmatismus beweisen. Und die USA sind eben immer noch die Weltwirtschaftsmacht Nr. 1!



„Die Konkurrenz anderer Freizeitaktivitäten ist stark. Das geht so weit, dass es heißt, 'Neues Handy oder Skiurlaub!'“

Franz Föttinger, Skiindustrie

Die Zeit der großen Sprünge bei den Skikursen ist vorbei.

Foto: akiebler - Fotolia

Tiefstand bei 134.000 Teilnehmern ● „Allianz Winter“ wirbt

Kann Tourismus die Talfahrt bei den Schul-Skikursen stoppen?

Kaprun (m.s.). – Obwohl Tourismus, Ski-Industrie und Seilbahnen das Problem erkannt haben und versuchen gegenzusteuern, geht die Zahl der Schüler in Skikursen weiter zurück. Das bedroht einen wichtigen Wirtschaftszweig in Österreich, denn der Wintersport sorgt für eine jährliche Wertschöpfung von 6,3 Mrd. €.

Wenn die Kinder nicht mehr Ski fahren lernen, werden sie später nicht auf Skiurlaub fahren. Daher versucht die „Allianz Winter“ (Tourismus, Ski-Industrie und -schulen, Seilbahnen) seit einiger Zeit, die Jugend wieder stärker fürs Skifahren zu begeistern.

Neben Aktionen wie „bes-

ser Ski fahren in drei Tagen“ oder „Ski fahren lernen in drei Tagen“ gilt ein Schwerpunkt den Schulsikikursen, die seit Jahren rückläufig sind. Einst waren es über 200.000, im Jahr 2006 noch 150.000, zuletzt nur noch 134.000 Schüler, die pro Jahr teilnehmen. Das hat zwar auch mit den sinken-

den Schülerzahlen im Allgemeinen zu tun, doch die Konkurrenz anderer Freizeitaktivitäten ist stark.

„Das geht so weit, dass es heißt: ‚neues Handy oder Skiurlaub‘“, seufzt Franz Föttinger, Sprecher der Skiindustrie. Die „Allianz Winter“ wirbt nun z. B. bei den Lehrern, Schulsikikurse zu unterstützen. Heuer haben sich schon 3000 Pädagogen via Website für mehr Infos angemeldet. Tourismus-Sprecher Hans Schenner: „Den Rückgang zu stoppen wäre schon ein Erfolg.“

Neue Razzien um Eurofighter

Wien. – Bis zu 180 Millionen € an Provisionen sollen laut neuen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft beim Kauf der Eurofighter verteilt worden sein. Bei einer Razzia-Welle in Linz, Tirol, Deutschland und der Schweiz wurde nun in Büros der Herstellerfirma EADS sowie bei Lobbyisten umfangreiches Material sichergestellt.

Business line

● Neue Flug-Allianz?

Lufthansa und Turkish Airlines verhandeln über eine gegenseitige finanzielle Verflechtung.

● Andritz spürt Krise

Der Anlagenbauer Andritz spürt nun auch die Krise. Das operative Ergebnis ging im 3. Quartal um vier Prozent auf 86,5 Mio. Euro zurück. Für das Gesamtjahr geht man aber von einer Gewinnsteigerung aus.

1,5 Mrd. € für Hypo Alpe Adria

Klagenfurt. – Die verstaatlichte Hypo Alpe Adria braucht bis Jahresende 1,5 Mrd. € Kapital, um genügend Eigenmittel zu haben. Das schreibt nun die Finanzmarktaufsicht vor. Laut Plan der Bank muss der Steuerzahler 500 Mio. € davon aufbringen, um eine Milliarde will man Anleihen verkaufen. Auch für diese haftet aber der Staat.